



Liebe Atomkraftgegner*innen, liebe Energiewender*innen,

heute erhaltet ihr unseren neuen Newsletter zu energiepolitischen Themen in diesen turbulenten Zeiten.

Die neue Wirtschaftsministerin Reiche hat sich inzwischen mehrmals eindeutig als Energiewende-Gegnerin positioniert und will den weiteren Zubau von neuen Energiewende-Anlagen ausbremsen. Eines ihrer Ziele hierzu ist die Verunsicherung über weitere Zielvorgaben und Einspeisevergütungen. Auch werden geplante Maßnahmen zum Klimaschutz reduziert, Fossile wieder an die erste Stelle gerückt.

Dies alles erinnert an das Vorgehen des früheren CDU-Ministers Altmaier: Energiewende kostet zu viel, Fossile sind günstiger, Einspeisevergütungen kurzfristig senken, Ausschreibungzwang einführen und Verunsicherung schaffen. Der weitere Zubau von Windenergie und Photovoltaik wurde so schon einmal abgeschossen.

Bleibt aktiv und Protestiert dagegen!

Themen in unserem heutigen Newsletter:

- aktueller Stand Energiewende
- PV-Möglichkeiten im Kreis Ludwigsburg
- Energie-Sharing
- Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke
- Kernfusions-Fantasien mit Milliarden Subventionen

Aktueller Stand Energiewende 2025

Im 3. Quartal haben die Erneuerbaren 65% der Nettostromerzeugung geleistet. Von den insgesamt 244.000 Gigawattsunden (GW) Strom haben der Wind 85.000 GW und die Photovoltaik (PV) sogar 84.000 Gigawattsunden erzeugt. Die Biomasse immerhin 35.000 GW.

Dies ist ein neuer PV-Rekord, der neben dem Zubau von Anlagen auch eine Folge des Klimawandels mit mehr Sonnenstunden ist. Im 3. Quartal 2024 lag Wind bei 88.000 GW, die PV bei 71.000 GW.

Im Jahr 2025 sollten beim Wind insgesamt 9,2 GW Leistung neu zugebaut werden - aber Stand November sind es nur 3,9 GW Leistung. Wind an Land hat jedoch inzwischen über 30.000 Windräder. Bei der Photovoltaik sollten insgesamt 18 GW neue Anlagen installiert werden, Stand November sind es 14,7 GW. Es gibt inzwischen 4,2 Millionen PV-Anlagen, ohne Balkonkraftwerke.

Diese Wind- und PV-Anlagen sind die Grundpfeiler der Energiewende in Deutschland. Sie erzeugen umweltfreundlich Strom.

Windräder und Photovoltaik haben eine dezentrale Erzeugungs-, Verteil- und Verbrauchsstruktur. Sie sind so gut wie nicht im Besitz der bisherigen zentral strukturierten Konzerne. Und genau darum geht es, wenn Konzernchefs und Ministerin Reiche jetzt wieder deren weiteren Ausbau verhindern wollen oder Frau Reiche ankündigt, dass es keine Vergütung mehr für den eingespeisten Strom von Dachanlagen geben soll!

Weitere PV-Möglichkeiten am Beispiel Kreis Ludwigsburg

Für den Landkreis Ludwigsburg gibt es ein aktualisiertes Klimaschutzkonzept mit dem Szenario „Klimaneutraler Landkreis bis 2040.“ Dort ist unter der Potenzialanalyse für den Kreis Ludwigsburg auf der Seite 7 ausgeführt, dass bisher nur 14% der geeigneten Dachflächen mit Photovoltaik belegt sind. Es wäre möglich gewesen, den gesamten Strombedarf von 2019 nur mit PV auf Dächern zu erzeugen. Photovoltaik - Ständer z.B. auf Parkplätzen usw. wurden nicht berücksichtigt:

„Die Dachflächen im Kreis Ludwigsburg bieten ein Potenzial von 2.290 MWp, davon sind bisher 317 MWp (Stand 17. Juni 2024) ausgebaut worden, es wurden also ca. 14 % des Gesamtpotenzials erschlossen (Tabelle 1, linke Spalte). Die rechte Spalte von Tabelle 1 stellt den theoretischen Stromertrag dar, der pro Jahr aus der installierten Leistung erzeugt werden kann. Der Stromertrag ermöglicht es, die Leistung auch dem Verbrauch gegenüberzustellen. Der jährliche Stromertrag aus dem Gesamtpotenzial könnte bilanziell den Strombedarf des Kreises aus dem Jahr 2019 von 2,2 Mio. MWh decken. In Zukunft wird der Strombedarf jedoch stark steigen, sodass selbst bilanziell keine Deckung mehr nur mit Dach-PV erreicht werden kann.“

https://www.landkreis-ludwigsburg.de/fileadmin/user_upload/seiteninhalte/natur-umwelt/umwelt/klimaschutz/KSK/Treibhausgasbilanz_Potenzialanalyse_Energiesystem_und_Szenario_Klimaneutraler_Landkreis_2040.pdf



Energie-Sharing

Die Grundidee ist ja, gemeinsame Energiewende-Anlagen zu betreiben und den Strom dann an alle Mitmacher*innen kostengünstig zu verteilen. Bisher haben die Politik und Konzerne dies verhindert, es ist sogar verboten.

Die Bundesregierung hat nun eine Novelle dazu vorgelegt, um mit Verspätung EU-Recht in nationales Recht umzusetzen. Darin wird jetzt diese Möglichkeit beschrieben und sie soll mit diversen Vorschriften erlaubt werden, indem „an Mitglieder einer Gemeinschaft“ dieser Strom geliefert werden darf. Ausgenommen in dem Modell sind jedoch widersinnigerweise Bürger-Energie-Genossenschaften.

Geregelt und vereinbart mit den Mitgliedern muss dann „innerhalb eines definierten Bilanzierungsgebiets“ unter anderem die Lieferung des Stroms, die Abrechnung, der Betrieb und die Instandhaltung der Anlage. Leider sollen die Stromsteuer und die Netzentgelte dafür nicht gesenkt werden.

Diese Lieferung soll dann die „Reststrommenge ergänzen“, der bisherige Stromlieferant liefert auch weiterhin.

Gut ist, dass diese Möglichkeit jetzt ab Juni 2026 gelten soll, allerdings sind die bürokratischen Vorschriften ein bewusst installiertes weiteres Ausbremshindernis.

Hier die Stellungnahme des Bundesverbandes Erneuerbare Energien zur Novelle:

<https://www.bee-ev.de/service/pressemitteilungen/beitrag/enwg-weichen-stellen-fuer-beschleunigung-bei-netzanschluessen-und-energy-sharing>

Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke

Statt die weitere Energiewende rasch voranzubringen und den wichtigen Baustein Speicher zu realisieren, hat die Bundesregierung jetzt die Ausschreibung von neuen Gaskraftwerken mit einer Leistung von 12 Gigawatt beschlossen. Dies geschieht in einem Konzept zur (fossilen) neuen Kraftwerksstrategie von Ministerin Reiche. Die Ausschreibung soll im März 2026 erfolgen und der Bau dieser dann ca. 20 neuen Gaskraftwerke durch die Konzerne mit Steuermitteln subventioniert werden.

Dieses Vorhaben ist ein erneuter weiterer Schritt zum Ausbremsen der Energiewende und des Klimaschutzes. Denn Gaskraftwerke sind unter Berücksichtigung des Methan-Ausstoßes bei der Gas-Gewinnung und dem Transport überhaupt nicht umweltfreundlicher als Kohlekraftwerke.

Es gibt bereits mindestens 30 von der Bundesnetzagentur als „Systemrelevante Reservekraftwerke“ eingestufte Anlagen. Die Energiekonzerne bekommen für deren „Bereithaltung“ eine Förderung von 99.000 Euro pro Megawatt im Jahr! Eines davon ist der subventionierte Neubau der EnBW im Industriepark in Marbach/N.

Kernfusions-Fantasien mit Milliarden Subventionen

Bereits schon im Wahlkampf haben ja Söder und Merz ihre Atom-Fantasien ausgelebt: Wieder Anfahren der abgeschalteten AKWs, Bau von kleinen AKWs (SMR), Finanzhilfen für französische AKWs usw.. Jetzt kommt es noch abwegiger.

Denn die Bundesregierung hat einen „Aktionsplan zum Bau eines deutschen Fusionsreaktors“ beschlossen. Das Vorhaben soll allein in dieser Legislaturperiode mit mind. 2,5 Milliarden Euro subventioniert werden, mit der Aussage: „in Deutschland den ersten Fusionsreaktor weltweit zu bauen.“

Geht's noch? Seit den 1960er Jahren gibt es regelmäßig die Ankündigung, dass Kernfusionsreaktoren möglich sind und den gesamten Strombedarf erzeugen können. Jeweils ca. 20 - 30 Jahre nach dem Baubeginn sollten sie in Betrieb gehen.

2004 haben EU-Staaten u.a. mit USA, China, Japan usw. beschlossen, den ITER-Versuchsreaktor in Cadarache am bestehenden Atomstandort in Frankreich zu bauen. Kosten sollte das 5 Milliarden Euro, das in Betrieb gehen war für 20 Jahre später angekündigt.

Jetzt gab es mehrere Kostensteigerung auf mindestens 20 Mrd. Euro. Und er sollte eigentlich 2036 in Betrieb gehen, auch das klappt leider nicht. Die Einstellung des Projektes wurde diskutiert. Aber nein, jetzt soll er bis 2060 in Betrieb gehen...

Utopia-Fusionsreaktor der Bundesregierung:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/fusionskraftwerk-deutschland-2386532>